

Offener Brief an Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Köln, 5. Mai 2025

AfD laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextrem:

Machen Sie jetzt von der Extremismus-Klausel Gebrauch!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

wir haben Ihnen diesen Brief bereits am 17. April 2025 zukommen lassen und uns eine konstruktive Auseinandersetzung erhofft. Leider haben wir keine Antwort erhalten. Daher senden wir Ihnen erneut unser Schreiben, dieses Mal als Offenen Brief, dem sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen sowie Privatpersonen angeschlossen haben.

Seit dem 2. Mai gibt es aus unserer Sicht keinen Grund mehr, die „Extremismusklausel“ nicht anzuwenden. Für den Verfassungsschutz ist erwiesen, dass die AfD insgesamt rechtsextremistisch ist und sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet.

Bitte entscheiden Sie JETZT zum Schutz aller Schulgemeinschaften in Köln!

Freundliche Grüße

GyNeSa gegen Rechts und AFD-VERBOT.JETZT Köln

Anlage:

Original-Brief vom 17. April – versendet per E-Mail

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Köln, 17. April 2025

**Bitte handeln Sie jetzt zum Schutz der Schulgemeinschaften in Köln:
AfD-Parteiveranstaltung am 17. Mai am Erich-Gutenberg-Berufskolleg**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,
wir sind erschüttert!

Erneut haben Sie bzw. die Stadtverwaltung für den **17. Mai 2025** Räume für eine **AfD-Parteiveranstaltung** in einer städtischen Schule freigegeben, am **Erich-Gutenberg Berufskolleg in Köln Mülheim**.

Ausgerechnet am **Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie**.

Die Stadt **Köln ist eine bunte, weltoffene und tolerante Stadt** und steht damit gegen die menschenverachtenden Aussagen der AfD!

Was läuft hier in der Stadtverwaltung schief?

- Im Oktober 2024 hat der Rat der Stadt Köln eine sogenannte **Extremismusklausel** beschlossen. Der §16 regelt die Vergabe von öffentlichen Räumen.
- Es gibt mittlerweile einen **Leitfaden zur Vergabe von öffentlichen Räumen** inkl. schulischen Gebäuden, der angeblich geschult und umgesetzt werden soll.
- Am 10. Februar 2025 hatte GyNeSa gegen Rechts im Ausschuss für Bürgerbeteiligung Rederecht und **erfuhr breite Zustimmung des Ausschusses, dass AfD-Veranstaltungen in Schulen keine „normalen“ Parteiveranstaltungen sind**. Wir konnten darstellen, dass seitens der AfD massiv Druck ausgeübt wird und Einschüchterungen bis hin zur Forderung von Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte an Schulen an der Tagesordnung sind. Lesen Sie dazu bitte auch die jüngsten Kleinen Anfragen der AfD im Landtag zu der geplanten Veranstaltung am Gymnasium in Chorweiler und der geplanten Podiumsdiskussion an der Katharina-Henoth-Gesamtschule. Es ist mittlerweile offensichtliche Methode der AfD, Schulleitungen unter Druck zu setzen:
 - <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-13066.pdf>
 - <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-13065.pdf>
 - <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-13067.pdf>
 - <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-13069.pdf>
- Im November 2024 führten wir Gespräche mit Vertreter:innen der politischen Parteien im Rat der Stadt Köln. Unser Eindruck war (ebenso wie im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beschwerden), dass sich offensichtlich niemand der weitreichenden Auswirkungen der Genehmigung von Parteiveranstaltungen von Demokratiefeinden in Schulen bewusst war. **Und nicht nur Lehrkräfte sind betroffen, auch Schüler:innen und Eltern sehen sich mit Einschüchterungsversuchen von Rechts konfrontiert**. So fragte die AfD Ende 2024 im Landtag NRW an, wer den Termin der Parteiveranstaltung im Juni 2024 in Widdersdorf „verraten“ habe und forderte die Nennung der Namen beteiligter Eltern.
- Zum Aschermittwoch 2025 wurde der AfD eine Veranstaltung in den städtischen Räumlichkeiten im Gürzenich genehmigt, ohne dass die Extremismusklausel Anwendung fand. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen hat sich zusammen mit tausenden Kölner:innen gegen die Veranstaltung gestellt.

Mittlerweile wenden sich Schulgemeinschaften an uns als Initiativen und bitten um Rat im Umgang mit AfD-Parteiveranstaltungen, **weil sie sich von der Stadtverwaltung alleine gelassen fühlen**.

Dabei wäre die Extremismusklausel anwendbar, gibt es doch **im Rahmen des AfD-Verbots-Antrags durch die Gruppe rund um den Ex-Parlamentarier Marco Wanderwitz**, der im letzten Bundestag diskutiert wurde, und in vielen weiteren Veröffentlichungen zu diesem Thema, **hinreichend Beweise für die Verbreitung extremistischer und menschenverachtender Aussagen der AfD**.

Der Rat und die Stadtverwaltung müssen jetzt Verantwortung übernehmen, statt die Verantwortung für den Umgang mit „Rechtspopulistischen und Rechtsextremen“ (Zitat aus einem Brief der Fraktionen des Kölner Rats aus November 2024) auf Schulgemeinschaften und die Zivilgesellschaft zu übertragen.

Die AfD ist zwar demokratisch gewählt, aber keine demokratische Partei. **Nicht weniger als die Zukunft unserer Demokratie steht auf dem Spiel!** Die Stadt Köln trägt als viertgrößte Stadt Deutschlands auch eine Verantwortung darin, **Rechtslagen zu schaffen**. Das bedeutet, im Zweifel die AfD gegen eine mutige Anwendung der Extremismusklausel klagen zu lassen. So wird bei der **gerichtlichen Feststellung ihrer extremistischen Bestrebungen** mitgewirkt. Auch wenn dies das Risiko des Scheiterns birgt, zeigt es eine klare Haltung und trägt zu einer **gesellschaftlichen Diskussion** bei, die dringend erforderlich ist. Wir als zivilgesellschaftliche Organisationen stehen hinter der Stadt Köln, mit allen Mitteln gegen unsere Demokratiefeinde vorzugehen.

Wir haben **viele konstruktive Vorschläge** gemacht, die bisher entweder abgelehnt oder nicht ernsthaft berücksichtigt wurden:

- Wir haben Sie gebeten, **Kölner Schulen zu befragen**, wie sie zu Parteiveranstaltungen in ihren schulischen Räumen stehen, um ein breites Meinungsbild analog dem Verfahren in Leverkusen zu erhalten. Das werden wir nun selbst in die Hand nehmen.
- Wir haben gefordert, **Parteiveranstaltungen an Schulen und in anderen städtischen Räumen** im Sinne der Transparenz **umgehend nach Vereinbarung zu veröffentlichen**, da sich die AfD immer wieder auf eine Geheimhaltung oder zumindest Diskretion zwischen Stadt und AfD beruft. Dies ist nicht geschehen.
- Wir haben unzählige **Gesprächsangebote** gemacht, um die Brisanz des Themas zu erläutern. Auf der Ebene der Politik gab es zumindest drei Parteien, die mit uns gesprochen haben. Die Stadtverwaltung selbst gehörte nicht dazu.
- Wir haben den **Ausschluss von schulischen Räumen für alle Parteiveranstaltungen** gefordert, um diese Räume zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen frei von rechtsextremer Propaganda zu halten und als Ort für Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde zu erhalten. Dagegen haben sich bisher die Vertreter:innen des Rats der Stadt Köln gewehrt und uns stattdessen aufgefordert, weiter zu demonstrieren. Diese Verlagerung der Verantwortung auf die Zivilgesellschaft ist beschämend und nicht nachvollziehbar.

Wir haben viele **Fragen**:

- Wo ist der **Rückhalt für die Schulgemeinschaften**, die an Schulen Demokratie verteidigen und sich alleine gelassen fühlen?
- Wenn sich die Politik immer wieder einig ist, dass es sich bei der AfD um eine **demokratiefeindliche Partei** handelt, die **menschenverachtendes Gedankengut verbreitet**, warum stellt sich die Stadtverwaltung Köln dem nicht entschlossen entgegen?
- Warum greift die Stadt Köln nicht auf das gesammelte, **öffentlich zugängliche Material menschenverachtender Äußerungen** und rechtsradikaler Haltung der AfD zurück?
- Wo ist das beherzte Handeln gegen Rechts, **mit Mut in die politische und juristische Konfrontation** zu gehen?
- Wo, Frau Reker, bleibt **Ihr Engagement als Stadt-Oberhaupt für ein buntes, weltoffenes und tolerantes Köln?**

Unsere **Forderungen** sind klar:

- **Stoppen Sie die AfD-Veranstaltung** am 17. Mai in Mülheim durch Anwendung der Extremismusklausel!
- **Schützen Sie die Schulgemeinschaften** und auch alle anderen **öffentlichen Räumlichkeiten!**
- Setzen Sie bei zukünftigen **Anfragen der Demokratiefeinde** endlich die Extremismusklausel und den dazu gehörigen Leitfaden in der Praxis um!
- Gehen Sie juristisch mutig voran und schaffen Sie **Grundsatzurteile für ein AfD-Verbotsverfahren!**

Wir bitten um eine verbindliche **Antwort bis zum 30. April 2025**.

Freundliche Grüße

GyNeSa gegen Rechts und AfD-VERBOT.JETZT Köln



Unterstützt von:

Unterstützt von:



Köln



Wolfgang Halm, Rechtsanwalt
Marc Michelske, Rechtsanwalt
Holger Warm, Lehrer
Reinhard Bergholtz, Rentner
Nicolin Gabrysch, ehem. Mitglied des Kölner Stadtrats
Nicole Schweiß, Lehrerin
Livia Trojanus
Emily Waziri
Mirka Ritter
Katharina Klockgether
Maria Magdalena Stricker
Inga Feuser, ehem. Mitglied des Kölner Stadtrats und OB-Kandidatin
Yasmin Berkenbrink
Susanne Schulz
Marie Tauer
Stephan Deister, Schulleiter Hildegard-von-Bingen-Gymnasium
Dr. med. Andrea Corneille
Birgit Deter
Dr. rer. medic. Johannes Pries
Linda Kruse
Jana Bauer, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Caspar Schleicher
Svenja Trepte
Eike Loie, Lehrerin
Angela Beumer, OMAS GEGEN RECHTS Köln Nippes
Dr. Katharina Kaspers-Siebert
Dr. Inge Mirtschink
Miriam Heindorff
Renate Bonow
Ruben Klinger
Judith Schwabe
Gisela Djelassi
Mekki Djelassi
Felicia von Karais, Lehrerin
Cornelia Hülseberg
Christoph Hülseberg
Luzie Gaden
Daniela Winkelmann
Oyindamola Alashe
Jane Eschment, Lehrerin
Katrin Wellmann, Host Podcast Hashtag#niewiederistjetzt -
Bürgerbewegung im Gespräch

Rudolf Karolus
Lea Geraedts
Dr. Anna Bartoschek
Burak Şengüler
Jan Oliver Becker
Miriam Frembgen
K. Dragu
Katharina Rettich
Dorothea Winkler
Bashid Najafi
Soodeh Zahedi
Sonja Schmalen, Health for Future Köln
Rebecca Jung
Fabian Görres, PAQT Köln
Sylvia Klein
Paul Gniewass
Sevgi Demirkaya
Susanne Gab
Sören Habet
Marcel Loab
Christian Michaelmalecki
Rosa Maria Bianco
Janis Beckmann
Warin Levermann
Tobias Laßmann
Andreas Geschuhn
Ingrid Ahlers
Ulrike Meyn
Monika Diebau
Celina Schoßmeier
Ulrike Lentze
Petra Schörfke
Renate Wolff
Nina Kotters
Evelyn Illgen, OMAS GEGEN RECHTS Köln
Regina Knoche
Laura Johanna Müller
Wibke Peiffer
Roberto Minasso
Martin Meister
Marco Kühler, Lehrer